

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Sie fordern die Mitte der Gesellschaft auf, Stellung zu nehmen zu den Fragen, die Sie in Ihrer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 ansprachen. Das wollen wir gerne tun. Wir, - das sind einige Mitglieder der evangelisch-methodistischen Kirche.

Wie Ihnen sicher bekannt ist, gibt es seit 30 Jahren den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der Ökumene. Dabei kristallisierten sich der Begriff des gerechten Friedens und die Bewahrung intakter Lebensverhältnisse für alle Menschen als Konsens heraus. Die Kernbegriffe Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung werden in ihrer gegenseitigen Verknüpfung und in ihrer globalen Dimension betrachtet. Deshalb bringen wir unsere Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass Sie eine wichtige Gelegenheit verpassten, Deutschlands Beitrag zu Sicherheit und Frieden als globale Herausforderung wahrzunehmen und die Wirksamkeit militärischer Konfliktlösung in Frage zu stellen. Zudem taucht in ihrer ganzen Rede kein einziges Mal das Wort Gerechtigkeit auf.

Unter dem Blickwinkel des konziliaren Prozesses können wir den Wohlstand Deutschlands nicht losgelöst vom weltweiten Elend betrachten. Dieser Wohlstand – als Teil des Wohlstands der westlichen Welt – beruht auf

- einer Ausplünderung der natürlichen Ressourcen
- der Schädigung von Lebensgrundlagen dieser und zukünftiger Generationen
- einer Gewalt und Hunger erzeugenden Weltwirtschaftspolitik
- Abschottung Europas und Abwehr von Asylsuchenden
- der Beteiligung am Rüstungswettlauf und an der Überschwemmung der Welt mit Waffen
- der Ausbeutung von Menschen durch unwürdige Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne

Auch darauf reimt sich also Wohlstand, und das muss öffentlich gesagt werden. Wenn Sie unseren wertebasierten Sicherheitsbegriff beschwören und die Menschenrechtspolitik als Zentrum politischen Handelns herausstellen, dann haben wir eine weitere öffentliche Botschaft im Ohr. Die Bundeswehr soll sich neuen Aufgaben widmen: der Sicherung von Transportwegen und des Zugangs zu Rohstoffen. Allzu oft sprechen Regierungen von Menschenrechten und wollen doch nur andere, handfeste Interessen kaschieren und legitimieren. Man könnte es auch Scheinheiligkeit oder grobe Irreführung nennen.

Seit Jahrzehnten gelingt es nicht, gerechte internationale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gegen die Macht von Konzernen und nationale Interessen durchzusetzen. Von großen

Summen bei der Entwicklungszusammenarbeit zu sprechen, geht am Kern der Sache vorbei. Die Entwicklungshilfe Deutschlands stagniert bei 0,3% und wird angesichts wachsweniger Zielformulierungen im Koalitionsvertrag auch in diesem Jahrviertel nicht weiter steigen. Um Nachbarschaft im Osten und in Afrika zu stabilisieren, braucht es enorme Anstrengungen gerade von einem Land, das überdurchschnittlich von der Globalisierung profitiert. Dazu hätten wir Gedankenanstöße von Ihnen erwartet.

Die internationale Ordnung wird nicht fortentwickelt, wenn Staaten zu Sparmaßnahmen auf Kosten der Einkommensschwachen gezwungen werden; im Gegenteil: Gewalttätige Konflikte entstehen, Bürgerkriege brechen aus und enden in humanitären Katastrophen, die man dann mit militärischer Gewalt eindämmt, ohne die Ursachen der Konflikte zu beseitigen. Stattdessen müsste auf die ernsthafte Prävention von Konflikten gesetzt werden, die auch Sie für entscheidend halten. Das vorherrschende militärische Denken in Sicherheitsfragen greift zu kurz. Es geht um umfassende menschliche Sicherheit, die Menschenrechte und -würde voraussetzt. Deshalb brauchen wir keine europäische Verteidigungsagentur, sondern vielmehr eine Friedensagentur, die diesen Namen verdient. Doch nur wenn Deutschland und andere Staaten der westlichen Welt für die Prävention von Konflikten, die Friedensbildung und den Aufbau von gerechten Lebensverhältnissen so viele Ressourcen an Menschen und Finanzen bereit stellen wie bisher für ihren Verteidigungshaushalt, wird dem Projekt einer nichtmilitärischen Konfliktlösung eine faire Chance gegeben. Das verstehen wir unter Verantwortung für Gerechtigkeit und Fortentwicklung der internationalen Ordnung.

Die Antwort auf die Frage, ob wir alles tun, um zu globaler Stabilität beizutragen, lautet: Nein, solange wir nicht Wohlstand teilen und solidarische Weltpolitik vertreten, sondern Konflikte durch Waffenlieferungen anheizen und mehr von den Gütern dieser Erde verbrauchen, als uns zusteht.

Das Nachdenken über Existenzfragen gehört in die Mitte der Gesellschaft, sagen Sie zu Recht. Nehmen Sie daher unseren Debattenbeitrag ernst! Setzen Sie andere Akzente als die Parteienpolitik, die oft nur von Wahl zu Wahl agiert und unter dem Druck mächtiger Interessengruppen steht! Regen Sie zu Visionen an, auf deren Verwirklichung zukünftige Generationen von Deutschen stolz sein können!

Mit freundlichen Grüßen

gez. B.-D. Fischer